

als Wirtschaftsliberale wie Bossi, Berlusconi oder Fortuyn auftreten oder staatliche Schutzmaßnahmen fordern wie der polnische Agrarpopulist Lepper, ist sekundär und tangiert nicht das populistische Credo. Dieses Hemd ist schnell gewechselt, wie Le Pen als Dienstältester in dieser Reihe gezeigt hat. Zentral ist dagegen der demokratische, eher demokratistische, Illiberalismus, die Missachtung und schleichende Demontage des Verfassungs- und Rechtsstaates. Flankiert wird dieser Illiberalismus vom rechtspopulistischen Identitätsdiskurs als schichtübergreifende ideologische Klammer.

Mit dem britischen Populismusforscher Paul Taggart vertrete ich die Ansicht, dass Populismus ein vorübergehendes, episodisches, in seiner Reichweite begrenztes Phänomen ist. Mit Ausnahme der Schweizer SVP und der norwegischen Fortschritts-

partei sind rechtspopulistische Parteien vergleichsweise klein geblieben und rasch in sich zusammengesunken, sobald ihr Sprachrohr (Haider, Fortuyn, Schill) wegfiel. Dennoch besteht kein Anlass zur Entwarnung. Mögen sie als Organisationen auch kommen und gehen, so wirkt doch der Rechtspopulismus als unterschwelliges Syndrom weiter. Bisher hantieren die politischen und Medieneliten von Brüssel bis Berlin hilflos mit der Rundumkeule: Wer nicht für uns ist, ist Populist. Es könnte der Moment kommen, wo diese Abwehrreflexe nicht mehr genügen und man sich der Herausforderung stellen muss, wie demokratischer Mehrheitswille und liberaler Verfassungsstaat, ursprünglich zwei konträre Komponenten eines Amalgams, auf nationaler und vor allem europäischer Ebene wieder zusammengeschnitten werden können.

*Wiedergelesen:*

*Christoph Zöpel*

## **Es gibt sie doch: Europäische Parteien**

**Wirklichkeit jenseits wissenschaftlicher Wahrnehmung**

**Christoph Zöpel**

(\* 1943) Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Zuletzt erschienen: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft*.

christoph.zoepel@t-online.de



Moderne demokratische Gesellschaften sind ohne ein System konkurrierender Parteien nicht funktionsfähig. Diese normative – wie empirisch gesättigte – Aussage Seymour Martin Lipsets ist erkenntnisleitend für den Sammelband *Politische Parteien und europäische Integration*, den

Jürgen Mittag herausgegeben hat. An Lipset gemessen, wird ein doppeltes Defizit festgestellt:

Erstens, dass europabezogene Parteienaktivitäten nationaler Parteien wie die Formierung von Parteiorganisationen auf europäischer Ebene ein noch weitgehend unbearbeitetes Thema wissenschaftlicher Forschung sind; zweitens, dass die die EU demokratisch legitimierenden Leistungen der europäischen Parteienzusammenarbeit unzureichend sind.

Dem wissenschaftlichen Defizit versuchen Mittag und 33 weitere Autoren abzuwehren, darunter viele junge Wissenschaftler.

Das erkenntnisleitende Interesse wird in drei Untersuchungssträngen konkretisiert.

Im ersten geht es um die transnationale Zusammenarbeit politischer Parteien im geschichts-, politik- und staatswissenschaftlichen Kontext der Veränderungen von Staatlichkeit und Demokratie in Europa und global. Bezugspunkt bleibt dabei das »Phänomen moderner Staat«, an dem die europäische Integration – und die »verspätete« Partizipation von Parteien dabei – gemessen werden. Die EU habe die durch Jahrhunderte entwickelten Staatsformen durch etwas neues, ein Mehrebenensystem, ersetzt. Bei dessen Analyse fokussieren die Autoren die europäische und die nationale Ebene, obwohl sie feststellen, dass es mehr als diese Ebenen gibt. Hier stellt sich die Frage, ob der Idealtyp des »modernen Nationalstaates« nicht zu verzerrten Bewertungen der europäischen Handlungsmöglichkeiten von Parteien führt. Die Autoren wollen in der EU keinen europäischen »Föderalstaat« sehen und verstellen damit auch den Blick auf das Mehrebenensystem der föderalen deutschen Verfassungsgeschichte. Das trägt zu Widersprüchlichkeiten zwischen der Feststellung von Defiziten bei der demokratischen Legitimationsleistung europäischer Parteien und Anregungen zu ihrer Überwindung bei. So schlägt Andreas von Gehlen vor, die nationalen europäischen Parteiorganisationen sollten die Kandidaten für das EP nominieren. Claudia Ehmke stellt aber zu Recht fest, dass in Deutschland die Bundes-SPD nicht einmal großen Einfluss auf die Aufstellung von Kandidaten für die Bundestagswahl hat. Und auch im nicht-föderalen Großbritannien hat die nationale Parteiorganisation nur wenig Einfluss dabei.

Diese Einsichten beziehen sich schon auf den dritten Untersuchungsstrang, der nach dem legitimationsstiftenden Potenzial der europäischen Parteienzusammenarbeit und -organisation fragt. Dem gehen die tiefreichenden Einsichten der transna-

tionalen Zusammenarbeit einzelner Parteifamilien im zweiten Untersuchungsstrang voraus. Sie beginnen mit der Periode von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Bis zum Ersten Weltkrieg sind sozialdemokratische Parteien mit ihrer internationalen Orientierung alleinige Wegbereiter. In der Zwischenkriegszeit einschließlich des Exils entsteht auch transnationale und europabezogene Kooperation katholischer Volksparteien und weitergehend der Christdemokraten. Die Entwicklung seit Gründung der Europäischen Gemeinschaften wird in die Perioden vor und nach dem Maastricht-Vertrag 1991 eingeteilt, dessen Parteienartikel 138a die europarechtliche Grundlage für europäische Parteien legte. Für beide Perioden werden Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale und Grüne untersucht, für die erste auch Rechtsextreme, nach Maastricht Linke und die Europäische Freie Allianz.

### **Legitimationsstiftende Leistungen**

Diese Parteifamilien vergleichenden Darstellungen gehen in die legitimationsbezogene Bewertung über. Deren skeptische Zusammenfassung wird relativiert, wenn die Analyse über strukturelle und organisatorische Aspekte der Parteiarbeit hinausweist. Der Blick auf die historische Entwicklung parlamentarischer Demokratie, vor allem in Großbritannien, zeigt die Abfolge Wahlen, Fraktionsbildung, Parteienbildung, rechtliche und finanzielle Institutionalisierung von Parteien. »Moderne« Parteien im »Modernen Staat« erbringen ihre legitimationsstiftenden Leistungen, wenn demokratische Staatlichkeit ausgereift ist. Auf diesem Weg nimmt auch die innerparteiliche Demokratie zu. Claudia Ehmke beschließt ihre Analyse demokratischer Defizite in der SPE mit dem Tatsachenverweis, dass auf dem Parteitag 2004

ihr heutiger Vorsitzender Poul Nyrup Rasmussen in Konkurrenz zu Renato Amato gewählt wurde.

Diese Personalie ist eine der wenigen, in der auf das europarelevante Verhältnis von Parteien und ihren führenden Persönlichkeiten eingegangen wird. Diese werden, wenn sie sowohl Parteiführer wie Regierungschefs sind, der gouvernementalen Seite der europäischen Integration zugeordnet. Ehmke generalisiert zwei Alternativen zur Unterscheidung europäischer Parteien, die »Integrations-Souveränitäts-Dimension« und die »Rechts-Links-Dimension«. Die erste Alternative werde dabei schlechter deutlich als die zweite. Vielleicht beruht ein solches Urteil eben auf der Vernachlässigung des Konnexes zwischen Parteien und ihren herausragenden Repräsentanten. Die »Gründungsväter Europas«, Robert Schumann, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi waren als Führer christdemokratischer Parteien bekannt, ihre Parteien gelten deshalb bis heute als integrationsorientiert, vielleicht begrenzt auf das abendländische Europa. Diese Begrenzung wird immer wieder deutlich, so in der europapolitischen Position der CDU, noch das katholische Kroatien, aber nicht mehr die orthodoxen oder islamischen EU-Beitrittsaspiranten aufzunehmen.

Die Typologisierung der europäischen Parteien entlang einer »Rechts-Links«-Achse ist dagegen offenkundig – denn Parteien repräsentieren zunächst politische Grundpositionen und eröffnen damit demokratische Wahlalternativen, bevor sie sich modern institutionalisieren. Die mangelhafte europäische Legitimationsfähigkeit der Sozialdemokratie könnte so weniger organisatorisch als darin begründet sein, dass sie den programmatischen Anspruch, der mit »Links« verbunden ist, nicht ausreichend durch erfolgreichen Einsatz für europäische Sozialstaatlichkeit gegenüber als liberalistisch verstandener ökonomischer Integration verwirklicht.

### **Transnationalisierung über Europa hinaus**

In jedem Fall setzt das Buch dem zu Recht festgestellten Forschungsdefizit eine Fülle von Material und fachlichen Bewertungen gegenüber und leistet damit das Gewollte: dieses Defizit zu verringern.

Die weitere Auseinandersetzung mit Europäischen Parteien, jede fachliche Vertiefung oder politisch-praktische Folgerung, kann an diesen Erträgen nicht vorbei gehen.

Dabei geht Transnationalisierung von Politik über Europa hinaus. Schon die Anfänge transnationaler Parteienzusammenarbeit im 19. Jahrhundert zeigen dies; der entsprechende Anspruch vor allem der Sozialdemokratie ging über Europa hinaus – die Sozialistische Internationale war global orientiert –, wie auch die Anfänge institutionalisierter Formen transnationaler parlamentarischer Kooperation, schon 1888 wurde die Interparlamentarische Union gegründet.

Mehr-Ebenen-Staatlichkeit ist inzwischen vielfältig in globaler Dimension entstanden. Wenn Lipsets normative Aussage stimmt, ist sie auch auf diese globale Ebene anzuwenden. Es wäre wünschenswert, dass nicht erneut ein Forschungsdefizit aufträte, diesmal hinsichtlich parlamentarischer Repräsentanz und des Wirkens von Parteien auf globaler Ebene. Mittags Buch lädt geradezu ein zu wissenschaftlicher Forschung über politische Parteien im globalen System von Mehr-Ebenen-Staatlichkeit.

*Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa. Klartext Verlag, Essen 2006, 810 S., € 79,00.*

Zudem soeben erschienen:

*Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU. UTB, Stuttgart 2010, 250 S., € 18,90.*